Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 2

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Ursachen bundesstaatlicher Verflechtung

Der Bundesrat hat am 28. September 1981 die Botschaft über erste Massnahmen zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen verabschiedet. Die Änderungen auf Verfassungs- und Gesetzesstufe betreffen folgende Gebiete: Straf- und Massnahmenvollzug, Zivilschutz, Volksschule, Stipendien, Turnen und Sport, Gesundheitswesen, Alters- und Hinterlassenenversicherung / Altersheime, Ergänzungsleistungen AHV/IV, Unterstützung von Flüchtlingen und Wohnbauförderung. Angestrebt wird vor allem eine *Entflechtung* – oft verbunden mit gleichzeitiger Dezentralisierung. Damit werden gewisse Verflechtungs- und Zentralisierungsformen als Fehlentwicklungen beurteilt. Da es sich bei der «Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen» um eine erste und zudem um eine breit abgestützte Untersuchung und Reform föderalistischer Aufgabenteilung handelt, ist es von einigem Interesse, den Ursachen der seinerzeitigen Verflechtung und Zentralisierung in den betreffenden Gebieten nachzugehen. Daraus lassen sich gewisse Schlüsse auf (Fehl-) Entwicklungen des schweizerischen Föderalismus ziehen.

Das Erbe der sechziger Jahre

Vorab ist festzuhalten, dass die Diskussion bundesstaatlicher Aufgabenverteilung nicht erst neusten Datums ist; sie setzte bereits Mitte der sechziger Jahre ein – allerdings unter umgekehrten Vorzeichen.

Zu diesem Zeitpunkt trat die Überforderung der Kantone durch Aufgaben, welche sich als Voraussetzung und Folge des wirtschaftlichen Wachstums ergaben, klar zutage. Die Vollzugsdefizite führten beispielsweise im Gewässerschutz eine grössere Tageszeitung dazu, eine «Säuli-Rangliste» unter den Kantonen zu veröffentlichen. Die Kantone schienen aufgrund ihrer Kleinheit und Verschiedenartigkeit den grenzüberschreitenden Problemen nicht gewachsen.

Zu Beginn der siebziger Jahre wurde generell eine «Krankheit des Bundesstaates» diagnostiziert, und als Ausdruck einer «Leistungs- und Koordinationskrise», als Krise des Leistungsstaates schlechthin verstanden. Eine Erhöhung der Planungs- und Lenkungskapazitäten des (Bundes-) Staates wurde als Therapie verschrieben. Bereits begonnene und bestehende Tendenzen einer Übertragung neuer Aufgaben an den Bund (z. B. Stipendien, Raumplanung, Mieterschutz, Forschung, Arbeitslosenversicherung) setzten sich fort. Zur gleichen Zeit sahen sich allerdings die Politiker einer gewissen Häufung von negativen Volksentscheiden gegenüber, weil die Vorlagen als zentralistisch verschrien waren: Bildungsartikel, Raumplanungsgesetz, Konjunkturartikel.

In der staatsrechtlichen Literatur wurden Probleme des Föderalismus aufgegriffen und die Befürchtung geäussert, dass die Kantone zu reinen dezentralen Verwaltungskörpern degradiert werden könnten – mit entsprechendem Verlust ihrer bisherigen Funktionen politischer Aushandlung und Integration. Verschiedene Politiker stellten auch eine gewisse Überlastung des Bundes in staats- und finanzpolitischer Hinsicht fest. Während Ende der sechziger Jahre – im Zusammenhang mit der Bildung von Regionen – die Kantone noch als am ehesten entbehrliche Ebene betrachtet worden waren, wurde nunmehr deren Stärkung und Revitalisierung gefordert.

Grenzen des Zentralstaates

Es wäre falsch, die Wandlungen im Föderalismusverständnis primär als

---

Neuverteilung: Zu ändernde Bestimmungen und ihre damaligen Befürworter

Straf- und Massnahmenvollzug

Es sollen Bau- und Betriebsbeiträge an Anstalten und Ausbildungsstätten aufgehoben werden. Diese Massnahmen wurden auf Anregung kantonaler Fachleute des Strafvollzugs und ihrer Departementsvorsteher geschaffen.

Zivilschutz

Vorgesehen sind verschiedene Änderungen bei Beiträgen und Vorschriften über Schutzräume in öffentlichen Gebäuden, beim standardisierten Material und bei der Ausbildung. Die Kantone spielten in den sechziger Jahren eine massgebliche Rolle bei der Einführung der fraglichen Beiträge und Vorschriften.

Volksschule

Zu Beginn dieses Jahrhunderts wurden – auf Betreiben des Lehrervereins und der kantonalen Erziehungsdirektoren – Bundesbeiträge an die Primarschulen eingeführt. Diese Bagatellsubvention soll nunmehr aufgehoben werden.

Stipendien

Die nunmehr aufzuhebenden Bundesbeiträge an die kantonalen Stipendien wurden 1965 eingeführt. Die Anregung dazu ging von – gesamtschweizerisch organisierten – Studenten- und Akademikerverbänden sowie von Pro Juventute aus.

Turnen und Sport

Vorgesehen ist eine Verdünnung von Vorschriften sowie eine Änderung oder Aufhebung verschiedener (Bagatell-)Subventionen. Das Turn- und Sportgesetz des Jahres 1972 geht auf Anstösse verschiedener Parlamentarier (FDP, CVP) zurück; es war von einer breiten Koalition von Turn- und Sportverbänden, Parteien und Kantonen getragen.

Modeströmung oder als Ausdruck einer konservativen Grundwelle zu verstehen. Es zeigte sich in den vergangenen Jahren vor allem auch, dass der Anspruch zentralstaatlicher Lenkung in Wirklichkeit nicht eingelöst werden konnte. Ebenso enttäuschend fiel die Wirkungsweise von Organen aus, von denen eine umfassende horizontal-vertikale Koordination erwartet wurde; entsprechende Erfahrungen wurden in der Bundesrepublik Deutschland mit den «Gemeinschaftsaufgaben» gemacht. Beachtliche Leistungen der Kantone in verschiedenen Gebieten (Mittelschulen, Hochschulen, Spitalbau, Gewässerschutz usw.) bewiesen, dass die Nachteile der Kleinheit und Verschiedenheit nicht dermassen gravierend sind und durch interkantonale Hilfeleistung und organisatorische Vorkehren gemildert werden können. Im Bereiche sozialstaatlicher Leistungen entsprach die

AHV

Der bisherige Kantonsbeitrag zur Deckung der Aufwendungen der AHV soll durch den Bund übernommen werden. Diese Regelung geht auf die ursprüngliche Verfassungsgrundlage aus dem Jahre 1925 zurück.

Altersheime

Aufgrund des damaligen grossen Bedarfs an Heimplätzen wurden 1975 – unter dem Druck parlamentarischer Vorstösse (SPS) – Baukostenbeiträge an Altersheime eingeführt. Diese Subventionen scheinen heute entbehrlich und sollen nach Ablauf einer Übergangsfrist aufgehoben werden.

Ergänzungsleistungen AHV/IV

Die Einführung von Bundesbeiträgen an die kantonalen Aufwendungen für Ergänzungsleistungen wurde von zahlreichen politischen Gruppen mit je unterschiedlicher Interessenlage befürwortet. Die Beitragssätze sollen gemäss Vorschlag des Bundesrates herabgesetzt werden.

Unterstützung von Flüchtlingen

Unter dem Eindruck der Flüchtlingsprobleme nach dem Zweiten Weltkrieg und auf Drängen der Kantone übernahm der Bund die Fürsorge der Flüchtlinge. Nun soll die Zuständigkeit für die Unterstützung von Flüchtlingen, die sich seit mehr als fünf Jahren in der Schweiz aufhalten, an die Kantone übergehen (besondere Fälle ausgenommen).

Wohnbauförderung

Der Bundesrat hat die Kantonalisierung der allgemeinen Wohnbauförderung des Bundes vorgeschlagen. Die Massnahmen betreffen vor allem das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz 1974. Dessen Einführung ist vor dem Hintergrund der damaligen Wohnungsnot, des Abbaus dirigistischer Massnahmen und verschiedener politischer Vorstösse (Initiative Recht auf Wohnung und Ausbau des Familienschutzes) zu sehen.

Fixierung der Ansprüche dem Bedürfnis nach Sicherheit, war zugleich aber auch begleitet von einem gewissen Schematismus, gegen den der Vorwurf des «Bürokratismus» laut wurde. Und schliesslich bestand und besteht die Gefahr eines überlasteten zentralen Finanzhaushalts – Ausdruck und Folge einer gewissen Überforderung des Bundes.

Die erwähnten Erfahrungen führten zu einer gewissen Wiederentdeckung des Föderalismus. Die Tendenzwende im Föderalismusverständnis wirkte sich auch auf die «Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen» aus. Nach anfänglichen Arbeiten, in welchen die «Leistungs- und Koordinationskrise» des Staates und deren Behebung im Vordergrund stand, wurde anschliessend – nicht zuletzt unter dem Druck der finanziellen Entwicklung – die kantonale Aufgabenerfüllung hervorgehoben. Der Ruf nach einer gewissen Entflechtung und Dezentralisierung führte in der Schweiz – für einmal als erstem Land – zu konkreten Reformvorschlägen für eine Aufgabenneuverteilung.

Die Tabelle im Kasten gibt einen Überblick über die Vorschläge sowie über diejenigen politischen Gruppen, welche die heute zu ändernden Bestimmungen befürworten (infolge der geringen Bedeutung werden die Bagatellsubventionen im Gesundheitswesen ausgeklammert).

Finanzielle Verflechtungen

Die Massnahmen im Rahmen des ersten Pakets Aufgabenverteilung betreffen zur Hauptsache finanzielle Transfers sowie die sie begleitenden Vorschriften. Zweifellos wird im Parlament über die Gesamtrichtung des Pakets sowie über die einzelnen Vorschläge noch eingehend diskutiert werden müssen. Die Tatsache, dass in den meisten Gebieten seit mehreren Jahren ein gewisses Missbehagen bestand und zum Teil bereits Vorstösse für Änderungen unternommen wurden (z. B. bei der AHV-Finanzierung) zeigt jedoch, dass gewisse finanzielle Verflechtungen eine Schwachstelle des modernen Föderalismus bilden. Fast alle Neuverteilungsvorschläge berühren *Subventionsgesetze* oder -bestimmungen, somit Erlasse, bei welchen der Bund die Höhe der Leistungen an Private nicht vollständig festlegt. Einzelne Subventionsgesetze (Ergänzungsleistungen) haben allerdings den Charakter von *Sozialgesetzen,* indem der Bund durch umfassend ausformulierte Subventionsbedingungen praktisch den «Durchgriff» auf den Endempfänger vornimmt und dessen Ansprüche festlegt. Bei der allgemeinen Wohnbauförderung nach Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz 1974 schliesslich wurde auf ein Subventionsgesetz und den «Umweg» über die Kantone verzichtet; der Vollzug erfolgt heute direkt durch den Bund.

Nach den Vorstellungen des Bundesrates soll in den erwähnten Gebieten auf das finanzielle und rechtliche Engagement des Bundes teilweise oder ganz verzichtet und die Verantwortung der Kantone gestärkt werden. Darin liegt ein entschiedenes Bekenntnis zur kantonalen Aufgabenerfüllung. M. a. W. liegt in diesen Verflechtungsgebieten das Problem – die Finanzierung der AHV bildet hierbei

eine Ausnahme – nicht im kantonalen Vollzug, sondern in der Förderung «von oben». Die Schwäche kantonaler Aufgabenerfüllung, welche zu einem Bundesengagement führte, lag aus heutiger Sicht weniger in der ungenügenden Bereitstellung von Sachverstand, sondern in fehlenden finanziellen Mitteln. Verflechtung entstand letztlich daraus, dass kantonale Behörden nicht gewillt waren, die Budgetzwänge auf dieser Ebene zu akzeptieren. Durch den «Gips» finanzieller Zuschüsse des Bundes konnte ein gewisser Ausgabenanteil auf kantonaler Ebene «fixiert» werden, was natürlich bei Bund und Kantonen eine – von den Befürwortern solcher Lösungen erstrebte – Unbeweglichkeit im Budgetverhalten zur Folge hatte.

Drei unterschiedliche Verflechtungsmuster

Die Geschichte der vom ersten Paket der «Neuverteilung» berührten Sachgebiete lässt drei unterschiedliche Entstehungsmuster für Politikverflechtung mit je unterschiedlichen Befürwortern erkennen. Man kann sie als *sachgesetzliche Verflechtung, Verflechtung von «unten»* und *Verflechtung von «oben»* bezeichnen.

Sachgesetzliche Verflechtung ergibt sich im schrittweisen politischen Entscheidungsprozess fast zwangsläufig aufgrund getroffener Vorentscheide, auf welche niemand mehr zurückkommen will. Das beste Beispiel – in der Form einer finanziellen und zum Teil auch organisatorischen Verflechtung – ist die AHV. Der Kantonsbeitrag an die Ausgaben der AHV geht zurück auf den ersten AHV-Verfassungsartikel, welcher 1925 in die Bundesverfassung aufgenommen wurde. Bereits diese Verfassungsbestimmung sah eine finanzielle Mitbeteiligung der Kantone vor. Zwar wollte man bei der Schaffung der Verfassungsgrundlage ursprünglich dem Bund neue Einnahmequellen schaffen, um die voraussichtlich erheblichen Aufwendungen für das nationale Versicherungswerk auch finanzieren zu können. Diese Bestrebungen scheiterten aber am kantonalen Widerstand. Die kantonale Mitbeteiligung und somit eine gewisse finanzielle Verflechtung bildeten die einzige Möglichkeit, um ohne grössere Verschiebungen in der Einnahmenstruktur des Bundes bzw. der Kantone eine finanzielle Grundlage für die AHV zu schaffen. Ein ähnlich diffuses Entstehungsmuster zeigt die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen fast vierzig Jahre später: Politische Gruppen mit höchst unterschiedlichen Motiven – Entlastung der AHV von politischem Druck einerseits, zusätzliche Besserstellung der Rentner andererseits – befürworteten Bundessubventionen an die kantonalen Aufwendungen für Ergänzungsleistungen und halfen, diese Lösung zu verwirklichen.

Die Verflechtung, die aus den Kantonen kam. Deutlich gewollte Züge zeigt demgegenüber die *Verflechtung von «unten»*. Sie ergibt sich aus Anstössen und Initiativen kantonaler Beamter und Regierungsräte, welche in bisher vorwiegend oder ausschliesslich durch die Kantone wahrgenommenen Aufgabengebieten auf gewisse eidgenössische Zuständigkeiten drängen.

Dieses Entstehungsmuster findet sich in den von der «Neuverteilung» betroffenen Verflechtungsgebieten beim Straf- und Massnahmenvollzug, dem Zivilschutz, der Volksschule sowie bei der Unterstützung von Flüchtlingen. In diesen Gebieten forderten die zuständigen Ämter und Departemente der Kantone zweckgebundene finanzielle Beiträge des Bundes. Mit Hilfe dieser Zuschüsse und der dadurch gebundenen Eigenmittel der Kantone konnte das erforderliche Ausgabenvolumen sichergestellt werden. Damit weist dieses Verflechtungsmuster deutliche Kennzeichen vertikaler «Kartellierung» auf. Im administrativen Bereich profitierten primär die Fachdienste der Kantone, welche einen gewissen Aufgaben- und Personalzuwachs sicherstellen konnten, sekundär die entsprechenden Dienststellen des Bundes, denen die Finanzierung und Aufsicht übertragen wurden. Der Finanzierungsverbund bildet eine Sicherung gegen den Abbau an Budgetmitteln und Personal, auch wenn die Bedeutung der betreffenden Aufgabengebiete zurückgehen sollte.

Es wird in der politischen Diskussion unterschätzt, in welchem Ausmass Kantonsregierungen, vor allem aber Verwaltungsbeamte am Prozess der Verflechtung und Zentralisierung beteiligt waren und sind. Entgegen dem traditionellen Konzept einer deutlich getrennten Sphäre des Bundes und der Kantone, gehen sektorale departementale Interessen (Verkehr, Gesundheit, Zivilschutz, Umweltschutz, regionale Entwicklungsförderung usw.) oft quer durch die föderalistischen Ebenen hindurch. Auf Regierungsebene finden die departementalen Interessen ihren Ausdruck in den kantonalen Direktorenkonferenzen. Auf Verwaltungsebene gibt es die weniger bekannten, aber durchaus nicht weniger wichtigen Konferenzen kantonaler Chefbeamter oder Sachbearbeiter – zum Teil unter Mitwirkung von Bundesstellen. Ihre Funktionen reichen vom fachlichen Austausch über eine Harmonisierung gewisser Verwaltungsschritte durch gegenseitige Information hin zur Erarbeitung von internen Handbüchern und Wegleitungen und zur Beteiligung am nachparlamentarischen (Verordnungssetzung) sowie parlamentarischen Verfahren (z. B. durch gezielte Schreiben an Parlamentarier bei Gefahr von Beitragskürzungen).

Vorstösse auf gesamtschweizerischer Ebene. Hinter der *Verflechtung von «oben»* stehen politische Gruppen, welche auf gesamtschweizerischer Ebene organisiert sind, dort ihre Mittel einsetzen und auch über ein gewisses politisches Gewicht verfügen. Bei der Neuverteilung hat sich eine solche Verflechtung vor allem in den Gebieten Turnen und Sport, Wohnbauförderung, Altersheime und Stipendien ergeben. Typischerweise handelt es sich hier weniger um blosse Subventionsgesetze, sondern vor allem auch um Sozialgesetze mit klar definiertem Empfängerkreis und Leistungen und somit einem möglichst geringen Ermessensspielraum für den Vollzug auf kantonaler Ebene. Solche Bestrebungen erstaunen nicht, weil eidgenössische Lösungen oft aus einem mangelnden Vertrauen in und einem Missbehagen über kantonale Aufgabenerfüllung herauswachsen. Bei der Wohnbauförderung nach dem

Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz 1974 wurde wie bereits erwähnt auf eine Mitwirkung der Kantone gar vollständig verzichtet: der bei früheren Wohnbauaktionen des Bundes vorherrschende Typus des Subventionsgesetzes abgelöst durch ein reines Sozialgesetz.

Die Attraktivität des Bundes

Wesentlich für das Verständnis bundesstaatlicher Entwicklung ist das Fehlen eines vierten Weges der Verflechtung, nämlich durch Anstösse des «Bundes» im engsten Sinne (Bundesrat/Bundesverwaltung); in keinem der von der «Neuverteilung» berührten Gebiete lassen sich solche Anstösse feststellen. Dies bedeutet nicht, dass bestimmte Bundesämter heute nicht ein spezifisches Interesse an einer gewissen Verflechtung und Zentralisierung haben und am Ist-Zustand festhalten möchten. Bundesrat und Bundesverwaltung haben sich aber in diesen Gebieten der Übernahme neuer Aufgaben widersetzt und sie nur unter äusserem Druck – ob gern oder ungern sei dahingestellt – übernommen. Zentralisierung und Verflechtung kommen in der Schweiz mithin von unten «zustande» und nicht von oben.

Die Entwicklung einiger Verflechtungsgebiete hat zwar deutliche und unterschiedliche Verflechtungsmuster erkennen lassen. Weshalb die betreffenden Gruppen eine Lösung unter Einschluss des Bundes suchten, anstatt ihre Energien auf Verbesserungen in den einzelnen Kantonen zu lenken, darüber lassen sich nur Mutmassungen anstellen; es war auch eine Vielzahl von Faktoren wirksam. In den sechziger Jahren war für die Mitbeteiligung des Bundes sicher auch die finanzpolitische Grosswetterlage entscheidend: Überschüsse des Bundes bei gleichzeitig defizitären Rechnungsabschlüssen der Kantone. Allerdings besitzt der Bund auch heute, in Zeiten angespannter Finanzlage, eine im wesentlichen ungebrochene Anziehungskraft auf einzelne politische Gruppen (z. B. Fuss- und Wanderwege, Kulturinitiative). Offenbar gibt es für politische Aktivitäten gewisse «economies of scale» (Grössenvorteile), welche es für die Organisation eines Interesses oder einer Gruppe lohnend erscheinen lässt, ihre Vorstösse auf die Bundesebene zu konzentrieren, anstatt in mühsamer Kleinarbeit Änderungen in den 26 Kantonen durchzusetzen. Sowohl im Hinblick auf mögliche Folgewirkungen (Gegenvorschlag bei Initiativen) als auch bezüglich Mobilisierungseffekt und Publizität ist eine Aktivität auf Bundesebene vorteilhafter; angesichts der Mehrheitsverhältnisse ist es ferner – für einzelne politische Gruppen – in einigen Kantonen nicht möglich oder kaum wahrscheinlich, dass ein gewünschtes Resultat erzielt werden kann.

Bremsklötze auf kantonaler Ebene

Die kantonale Ebene ist überhaupt für gewisse Gruppen (Arbeitnehmer, Mieter, Konsumenten usw.) nicht besonders attraktiv. Während in der Wirtschaft infolge des Konzentrationsprozesses die kleinsten Einheiten – die Betriebe – bereits ein gewisses Gewicht erreichen und auch in nichtorganisierter Form auf kantonaler Ebene Einfluss ausüben können (z. B.

Drohung mit Abwanderung, Gefahr einer Betriebsschliessung) und im Gespräch mit der Regierung stehen, verfügen die Arbeitnehmer, Mieter usw. nur als organisierte Gruppen über Einflussmöglichkeiten. Es besteht auf kantonaler Ebene somit eine gewisse Asymmetrie zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern: erstere müssen sich organisieren, um politischen Einfluss auszuüben, während dies für letztere nicht unbedingt erforderlich ist. Auf Bundesebene ist dieser Unterschied aufgehoben, da sich hier sowohl Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberinteressen in Verbänden gegenüberstehen.

Darüber hinaus weist der politische Prozess auf kantonaler (und noch mehr kommunaler) Ebene gewisse Eigenheiten auf, welche den bremsenden Elementen eher Geltung verschaffen: fakultatives oder obligatorisches Gesetzesreferendum, Finanzreferendum. Diese Verfahrensmechanismen helfen, die eher fragilen Gebilde der Kantone gegen allzu abrupte Stösse abzuschirmen. Der kantonale Finanzhaushalt kann infolge seiner Kleinheit bei einer Häufung von neuen Aufgaben oder von Investitionsvorhaben sehr rasch aus dem Gleichgewicht geraten. Daraus erklärt sich, dass Änderungsvorhaben auf kantonaler Ebene stärker erschwert werden als auf Bundesebene.

«Bundesluft» macht frei

Ein weiterer und letzter Faktor vermag die Attraktivität des Bundeshaushalts in den letzten Jahren zu erklären. Der wirtschaftliche Wachstums- und Entwicklungsprozess war in der Schweiz mit einer Entleerung der Randgebiete und einem Anwachsen der Agglomerationsgemeinden verbunden. Die Modernisierung der Schweiz bestand für den einzelnen Bürger sehr oft in einem Ausbruch aus der dörflichen Enge, die als bedrückend empfunden wurde. Das Bestreben nach einer gewissen Freiheit und Unabhängigkeit wirkte sich auch in den Ansprüchen an die staatliche Politik aus: objektive Ansprüche anstatt individuelles Ermessen, Beiträge nach klaren Kriterien anstatt «Almosen», unparteiische Verwaltung anstatt Kenntnis und Bemessung nach «persönlichen Verhältnissen». Die Politik auf Bundesebene, getragen von der Popularität der Sozialwerke, kam diesen Ansprüchen entgegen, weil hier nichts anderes denkbar und durchführbar ist als Zumessung von Leistungen nach gesetzlich fixierten und detaillierten Ansprüchen und klaren Beurteilungskriterien.

Neuentdeckung des Föderalismus?

Es genügt, am Schluss auf einige Entwicklungen hinzuweisen, welche die Attraktivität des Bundes als politische Ebene im Laufe der letzten Jahre etwas vermindert haben. Die finanziellen Perspektiven des Bundes sind – trotz des guten Rechnungsabschlusses 1981 – weiterhin schlecht. Gewichtige neue Aufgabengebiete können deshalb nicht mehr übernommen werden; vielmehr wird es vermutlich unumgänglich sein, gewisse Ausgabenautomatismen auf ihre Berechtigung zu überprüfen. Die finanziellen Aussichten der Kantone sind dagegen eher günstiger. Die politische Auseinandersetzung auf dieser Ebene hat – im

Zusammenhang mit grösseren Infrastrukturvorhaben – generell wieder an Bedeutung gewonnen. Für einzelne Parteien stellt sich die Frage, ob sie sich nicht zu stark auf nationale Anliegen konzentriert und den politischen Kampf auf kantonaler und lokaler Ebene vernachlässigt haben. Generell besteht eine gewisse Unzufriedenheit mit den Ergebnissen (zentral-) staatlicher Verwaltung. Die gesetzliche Fixierung der Leistungen – etwa im Bereich der Sozialpolitik – hat zwar eine materielle Besserstellung grösserer Bevölkerungsgruppen bewirkt. Für einzelne Untergruppen, bei welchen besondere Verhältnisse vorliegen, konnten die sozialstaatlichen Versprechen aber noch nicht vollständig eingelöst werden. Es wird sehr schwierig sein, diesem Bevölkerungsteil mit zentralen Lösungen stärker Rechnung zu tragen, ohne das Ausgabenniveau gesamthaft übermässig ansteigen zu lassen. Der kantonalen Ebene werden hier vermehrt Aufgaben zukommen, wodurch sich auch ihre Bedeutung als ein Zentrum politischer Aushandlung wieder vergrössert. Die Tatsache, dass in ausländischen Staaten mit Regierungen höchst unterschiedlicher politischer Prägung eine «Dezentralisierung» angestrebt wird, sollte auch in der Schweiz das Überdenken des Kräfteeinsatzes auf die verschiedenen politischen Ebenen unterstützen. Ansätze dazu sind vorhanden.

Werner Bussmann

Linker Patriotismus – neuer Nationalismus

Brief aus Bonn

In der Bundesrepublik ist ein neuer Begriff aufgekommen, «Neuer Patriotismus», der scheinbar eine Wiedergeburt des Nationalen anzeigt, in Wirklichkeit jedoch vermutete oder vorhandene Sehnsüchte zur Tarnung oder Legitimierung antiamerikanischer, antiwestlicher Tendenzen benutzt.

Ein Drittel Jahrhundert nach Kriegsende steht der traditionelle Nationalismus bei den Westdeutschen noch immer unter dem Bann der Geschichte. Das nationale Hochgefühl des Kaiserreichs, das auf der Rechten des politisch-gesellschaftlichen Spektrums die Weimarer Jahre überdauert und sich in dem rassistisch-nationalistischen Nazi-Syndrom wiedererweckt fand, ist endgültig dahingewelkt, und auch bei den heutigen Rechtsradikalen, Ausländerfeinden, Antiamerikanern usw. nicht zu registrieren. Im Zeichen des Nationalismus, so heisst es, sind zwei Weltkriege geführt und von den Deutschen verloren worden: diese verkürzte Deutung bestimmt seit der «Reeducation» die Vorstellung breiter Schichten, nicht zuletzt derjenigen, die sich nach der Niederlage in einer abrupten opportunistischen Kehrtwendung zur Demokratie bekannten und die inzwischen ihre Vorzüge zu schätzen gelernt haben.

Millionen starben auf den Schlachtfeldern den, wie heute unwillkürlich

gesagt wird, sogenannten Heldentod. Nach 1945 wandte man sich davon ab. 65 % der unter 30jährigen befinden, der Begriff Vaterland passe nicht mehr in unsere Zeit. Das idealisierende Gebot, es sei süss und ehrenvoll, für das Vaterland zu sterben, halten die meisten für Betrug und Manipulation, die «entlarvt» zu werden verdienen. In unserem materialistisch-, genuss- und konsumorientierten Zeitalter hat man für die Ideale vergangener Generationen nichts übrig.

Auch die Nation als «plébiscite quotidien» (Renan), als partizipatorische Zustimmung der Bürger zum politischen Prozess, der ihre Freiheit gewährleistet; Nation, wie von der Französischen Revolution verstanden und noch heute, wenn auch nur imitativ, bei manchen dekolonisierten Nationen wirksam, weckt in Deutschland keine kollektive Erinnerung, bildet keine fortführende Tradition.

Dennoch rückt der Begriff Nation seit einiger Zeit wieder in den Mittelpunkt des Interesses, hat bei Historikern, Politologen, Demoskopen seit einiger Zeit Hochkonjunktur. Befragungsbefunde, Analysen von Nationalcharakteren, deutschlandpolitische Forderungen und schlichte Geschichtserzählungen folgen aufeinander. Des amerikanischen Historikers Gordon Craig Studie «Über die Deutschen», aus nicht unkritischer, wenn auch freundlicher Sicht, gut lesbar geschrieben, steht auf Platz 1 der Bestsellerliste des «Spiegel». Subskriptionsangebote unter dem Titel «Die Deutschen und ihre Nation» («Die deutsche Nation» – das traut man sich nicht mehr) finden Zuspruch: sechs Bände, Erscheinungstermin bis 1986, aus der Feder der jüngeren deutschen Historikergeneration.

Die neuen Patrioten

Der Begriff hat Signalwirkung und kann als Symbol für die unterschiedlichsten Inhalte genommen werden. Vor zwei Jahren haben Peter Brandt, der Sohn des SPD-Vorsitzenden, und Herbert Amon eine neue gefühlsmässige Strömung in bestimmten Kreisen diagnostiziert, mit einer dokumentarischen Zusammenstellung unter dem Titel «Die Linke und die nationale Frage» umrissen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Ihr ausdrückliches Ziel ist dabei, zu verhindern, dass das Thema Nationalismus von der Rechten besetzt und monopolisiert wird; sie knüpfen damit an Kurt Schumachers Programm vor 35 Jahren an. Aber diese parteipolitisch geprägte Idee führt auf eine falsche Fährte, wenn vom «neuen Patriotismus» die Rede ist. Das Wort Patriotismus wird aus der Schublade geholt, weil es altmodisch und unbelastet ist. Mit dem Grossvater verständigt man sich nun einmal besser. Patriotismus steht heute für Gemeinschaftsgefühl. Die grosse Einsamkeit, die Unsicherheit, die diffuse Angst, die grosse Teile der Jugend seit der 68er Rebellion ergriffen hat, äussert sich zugleich als Sehnsucht nach menschlicher Nähe, nach Zusammenrücken der Zusammengehörigen, nach Kollektivität. Diese Sehnsucht aber hängt nicht zusammen mit dem spezifisch Nationalen, mit den Gemeinsamkeiten also, die die Deutschen verbinden ... In dem «neuen Patriotismus» ist der traditionelle nationale Anspruch verblasst, der den

Einzelnen für die Nation motiviert, das Gefühl, für das Vaterland etwas zu leisten, opfern zu müssen, nicht nur für den Nachbarn kameradschaftlich einzustehen, sondern sich mit einer übergreifenden Idee zu identifizieren. Nationalismus bedeutete immer, dass sich die Angehörigen dieser einen zusammengehörigen Gruppe als solche erkennen und von den anderen absetzen; dass sie den daraus entspringenden Gruppenstolz empfinden – ich bin mehr als nur ich, ich transszendiere das kleine «ego» und erstehe neu als Deutscher, Franzose, Schweizer.

Die neuen Patrioten wollen davon nichts wissen. Das Nationale im traditionellen Sinn ist weiterhin tabuisiert. Sie erheben statt dessen Neutralität und Blockfreiheit zum politischen Bekenntnis. Das hat nun nichts mehr mit der gemüthaften Bindung an das Vaterland zu tun – selbst wenn an dem Schmidt-Honecker-Treffen am Fehrbelliner See so gern die deutsche Atmosphäre («Wir Deutschen») gerühmt wurde. Es hat nichts gemein mit sehnsuchtsvoller Erinnerung der Westdeutschen an Sachsen oder Thüringen. Es hat nichts mit dem – gleichsam kulturnationalen – Stolz auf eine tausendjährige gemeinsame Geschichte mit Goethejahr und Lutherjahr zu tun und nichts mit Einheitsforderungen vaterländisch gesinnter deutscher Männer und Frauen oder gar mit konfrontativem Wiedervereinigungswillen.

Ein Protest-Begriff

Vielmehr ist der neue Patriotismus nur noch ein fast zufälliger Begriff, an den die vielfältigen Gegenstände des Protests gehängt werden, die die junge Generation beunruhigen. Sie sind gegen Kernkraftwerke und gegen die Nachrüstung, gegen die MX-Raketen und für den Frieden, für den Umweltschutz und die Hausbesetzer. Sie sind «grün» und «alternativ», und da diese vielfältigen Tendenzen sich schwer auf einen positiven Nenner bringen lassen, einigen sie sich auf eine gefühlsmässige Anti-Haltung. Sie wird dann als neuer Patriotismus dargeboten und politisch mit Antiamerikanismus übersetzt. Es gilt, die Deutschen – in West und Ost – aus der amerikanisch-sowjetischen Konfrontation herauszunehmen und für eine nationale Politik zu gewinnen, die sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwangsläufig als neutral und blockfrei artikulieren würde.

Auf die Frage, wie das geschehen könnte, und insbesondere, wie die DDR aus dem sowjetischen Hegemonialverband austreten könnte, wird auf Moskauer Bereitschaft verwiesen. Den Vorkämpfern dieses neutralistischen Kurses ist natürlich bewusst, dass die Bundesrepublik damit neutralisiert, die «Errungenschaften des Sozialismus» in Osteuropa aber erhalten werden sollen. Ihre zumeist jugendlichen Anhänger lassen sich über die wahren Zusammenhänge hinwegtäuschen. Für sie hat der aus dem Neutralismus-Konzept resultierende Antiamerikanismus eine eigene Qualität und nichts mit der amerikanischen Nation, kaum oder nur vordergründig etwas mit der US-Regierung zu tun. Die USA stehen vielmehr stellvertretend für die moderne Welt, für das gegenwärtige Zeitalter, für alles, was man ablehnt, womit man sich nicht

identifizieren, aus dem man «aussteigen» will.

Die Vereinigten Staaten sind nun einmal die mächtigste, reichste, fortschrittlichste Nation, und so sieht man sich in ihr am klarsten repräsentiert, vielleicht karikiert. Wer die Nachtseiten des gegenwärtigen Daseins bedenkt, die Übertechnisierung, die Naturzerstörung, die Undurchsichtigkeit der Verhältnisse, die Rüstungsspirale – und dafür einen Schuldigen sucht, blickt auf die USA.

Was sich als neuer Patriotismus versteht, lässt sich nicht aus nationalem, deutschem Gefühl ableiten und lässt sich auch nicht auf die linke, demokratische Komponente des Nationalismus zurückführen. Der neue Patriotismus ist vielmehr eine politische Entscheidung: für eine neue, bessere – utopische – Welt, für eine neue basisdemokratische Gesellschaftsordnung, gegen die bestehende parlamentarisch-demokratische Republik, mit der die Deutschen in den letzten 35 Jahren gut gefahren sind. Der neue Patriotismus ist ein Pseudonym für Proteste gegen die Zugehörigkeit zur aufgeklärten Demokratie der westlichen Welt, ein polemischer Tarnbegriff für Ablehnung der Bundesrepublik, wobei viele, die sich auf diese Seite schlagen, aus Unkenntnis oder Überzeugung Partei für die kommunistische Gegenseite ergreifen, wenigstens Sympathie bekunden.

«Aussteigen» und «Sonderrolle»

Es ist interessant, dass auch andere Gruppierungen, z. B. von Arbeitslosen, die einen eigenen Zusammenschluss suchen, auf das gleiche Gleis geraten. «Vom äusseren Habitus wirkte das Ganze nicht sehr viel anders als ein Kongress der Friedensbewegten oder Atomkraftgegner, nur unfröhlicher, grauer, verbissener», berichtete die «Zeit» vom Treff der Arbeitslosen in Frankfurt. Ihr Anliegen ist, die Schuld an ihren Beschwernissen und an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten im allgemeinen dem Staat, seinen Organen und dem «System» als Ganzem anzulasten und um Abhilfe zu werben. Dass die exzessive soziale Anspruchshaltung die beklagten Missstände selbst bewirkt haben könnten – auf diesen Gedanken kommt niemand. So gesellen sie sich an die Seite der anderen Protestler und übernehmen unkritisch deren Beschwerden und Angriffe. Die Arbeitslosigkeit wird als unmittelbare Auswirkung des auf Profit und Arbeitsplatzvernichtung gerichteten kapitalistischen Prozesses und der ausbeuterischen Gesinnung der Unternehmer gedeutet. Parolen und Stossrichtung sind die gleichen wie die der neuen Patrioten und Protestler, die die bestehende Ordnung – die atlantische Gemeinschaft freier demokratischer Nationen – umstossen wollen.

Der Historiker Michael Stürmer hat während einer dem neuen Patriotismus gewidmeten Tagung in Tutzing auf die deutsche Sehnsucht nach einer Sonderrolle in der Geschichte hingewiesen. Es genügt den Deutschen nicht, ein europäischer Staat unter anderen zu sein, sie wollen etwas Besonderes darstellen. Jetzt strebt ein Teil von ihnen einen Schwebezustand zwischen West und Ost, eine neutrale Idylle an. Fast jede Generation hat solche Kehrtwendung vollzogen – von der politischen Romantik bis zur

Jugendbewegung. Als erster deutscher Staat hat die Bundesrepublik sich dem Westen, seinem freiheitlichen Wertsystem, seiner pluralistischen Gesellschaftsordnung zugewandt. Diese «Drehung der historischen Achse nach Westen» wird durch die Protestbewegung jetzt erstmals ernsthaft in Frage gestellt. Es lässt sich noch nicht ausmachen, ob diese Strömung sich durchsetzen wird, ob die sehr uneinheitliche Bewegung sich zusammenfinden und auf ein Programm einigen kann oder ob sie sich alsbald wieder zerstreuen wird. Letzteres ist wahrscheinlicher angesichts von 35 Jahren Stabilität und der Tatsache, dass es für die grosse Mehrzahl der Deutschen keine Alternative zur parlamentarischen Demokratie gibt. Nur ein Zusammentreffen ungewöhnlich vieler unglücklicher Fügungen – wirtschaftlicher Niedergang, soziale Unzufriedenheit, aussenpolitische Isolation – könnte eine gravierende Erschütterung und Umorientierung bewirken. Unübersehbar ist heute jedoch, dass die 18–28jährigen der Protest-Bewegung viel Zustimmung entgegenbringen. Das beweist die Inanspruchnahme des Begriffs «Patriotismus» für die militant-antiwestlichen Ziele.

Peter Coulmas

Neue Horizonte für die Liberale Welt-Union

Standortbestimmung des internationalen Liberalismus

Die jüngsten Ereignisse um die Freien Demokraten in der Bundesrepublik haben wieder einmal die alte Frage nach dem Links- oder Rechts-Standort der Liberalen aufgeworfen. Auch der internationale Liberalismus hat in den letzten Jahren, insbesondere in der Auseinandersetzung mit der Problematik des Wohlfahrtsstaates, mit den Ost-West-Beziehungen und der «Dritten Welt», auf diese Frage eingehen müssen. Die in der Liberalen Welt-Union zusammengeschlossenen Parteien decken ein breites politisches Spektrum ab. Zudem hat die Vertiefung der Kontakte zu liberalen Kräften in der «Dritten Welt» zu einer weiteren Verwischung von Konturen geführt. Die verstärkte internationale Präsenz des Sozialismus, aber auch neue internationale Initiativen aus dem Lager der Konservativen und der Christdemokraten fordern den internationalen Liberalismus zur Standortbestimmung heraus.

Breite Basis im Mittelstand

Das vergangene Jahr scheint in der Tat jenen recht zu geben, die dem Liberalismus nur eine Zukunft rechts der Mitte zubilligen. Der Linksliberalismus scheint mit dem Ausklingen der wirtschaftlich erfolgreichen Jahre in Europa erheblich an Boden verloren zu haben. Jüngste Wahlergebnisse bestätigen diesen Eindruck. Während die schwedischen Liberalen in

den Parlamentswahlen vom letzten September wegen mangelnder Abgrenzung zur Sozialdemokratie eine schmerzliche Niederlage einstecken mussten, legten die holländischen Liberalen, die sich als eine Bürgerpartei rechts der Mitte verstehen, sowohl bei den letzten Regionalwahlen als auch bei den Parlamentswahlen im Herbst 1982 kräftig zu.

Überblickt man die in der Liberalen Welt-Union zusammengeschlossenen Parteien, so fällt auf, dass all jene Liberalen, die sich in ihren Programmen eindeutig als bürgerliche Mittelstandsparteien darstellen, über eine solide Wählerbasis verfügen. Für die Schweizer Freisinnigen, die holländische VVD, die belgischen Liberalen, die Demokratische Partei Luxembourgs und die Venstre Dänemarks stimmen in der Regel zwischen 15 und 25 Prozent der Wähler.

Demgegenüber haben es linksliberale Parteien offensichtlich schwer, auf Dauer über 10 Prozent der Stimmen zu erhalten. Die holländischen Linksliberalen D'66 haben nach einem steilen Aufstieg wieder erheblich an Boden verloren und sind bei den letzten Erneuerungswahlen wahrscheinlich als politische Kraft in den Niederlanden ausgeschieden. Ausserhalb Dänemarks hat der skandinavische Liberalismus gegenüber anderen nicht-sozialistischen Parteien, insbesondere gegenüber den Konservativen, erhebliche Rückschläge einstecken müssen. In Norwegen und Finnland gehören die eigentlichen liberalen Parteien zu den Splittergruppen ohne dauerhafte Wählerbasis. In Schweden ist die einstmals starke liberale Volkspartei weit hinter die anderen beiden Bürgerparteien zurückgefallen. Auch in Frankreich vermögen die sich dem Linksliberalismus zurechnenden Radicaux de Gauche – von regionalen Schwerpunkten wie Korsika abgesehen – keine glaubwürdige Stammwählerschaft zu bilden.

Die Gretchenfrage der Koalition

Natürlich sind diese Analysen ohne die Berücksichtigung nationaler Besonderheiten unvollständig. Dies zeigt sich deutlich im Falle Grossbritanniens oder der Bundesrepublik. Der englische Liberalismus steht aus geschichtlichen Gründen weitgehend ausserhalb der für den Kontinent geltenden Links-Rechts-Polaritäten. Noch wirkt, vor allem in Wales, Schottland und Nordengland, die radikale Tradition eines Liberalismus nach, der sich in seinem Staats- und Gesellschaftsverständnis als fundamentale Opposition zum Konservatismus sieht.

Später als auf dem Kontinent ist diese Verankerung des Liberalismus in einer fortschrittlichen Volkspartei in England erst nach dem Ersten Weltkrieg durch den Aufstieg der durch die Gewerkschaften gegründeten Labour-Partei vernichtet worden. Ferner hat das britische Majorz-Wahlsystem während der langen Jahre liberaler Bedeutungslosigkeit zu einer eigenartigen Selektion der liberalen Anhängerschaft geführt. Bis vor kurzem rechtfertigte die politische Abseitsstellung der Liberalen sowie das Selbstverständnis der Konservativen und von Labour als Massenbewegungen der Mitte, dass Linksliberale bei Labour und Rechtsliberale bei den Tories sich heimisch fühlen konnten.

Es ist aufschlussreich, dass heute, da die Liberalen in der Allianz mit den Sozialdemokraten Chancen zum Machtgewinn, beziehungsweise zur Machtteilhabe besitzen, die Auseinandersetzung um den Links- oder Rechts-Standort der Partei neu entflammt ist.

Seit der Gründung der Bundesrepublik wurde in Bonn nur wenige Jahre ohne die Freien Demokraten regiert. Dies hat sich auf den deutschen Liberalismus sowohl positiv als auch negativ ausgewirkt. Zu den vorteilhaften Folgen liberaler Regierungsbeteiligung gehört, dass sich der organisierte Liberalismus in der deutschen Innen-, Aussen- und Wirtschaftspolitik einen wesentlich grösseren Einfluss sichern konnte, als ihm vom numerischen Wähleranteil her zustehen würde. Anderseits hat sich die FDP vor jedem Wahlgang in die Zwangslage versetzt gesehen, auf die Gretchenfrage der Koalition zu antworten. Dies erklärt, weshalb in Deutschland – im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern – jeder Koalitionswechsel zu einem Ereignis von historischer Grössenordnung emporstilisiert wurde. Es liegt in der Natur der Sache, dass jede neue Koalitionsentscheidung beim kleineren Partner die stärksten innerparteilichen Spannungen auslöst. Zum einen schliessen sich der FDP im Verlaufe einer Koalitionsperiode immer auch Kräfte an, deren ideologisches und machtpolitisches Interesse an einer «Verewigung» der bestehenden Koalition liegt, und die sich in einem neuen Regierungsbündnis aus ihrem «liberalen» Selbstverständnis heraus nicht mehr engagieren können. Zum zweiten krankt die FDP daran, dass sie über eine nur sehr kleine Stammwählerschaft verfügt, und dass die Mehrheit ihrer Wähler aus taktischen Gründen der liberalen Liste die Zweitstimme gibt. Letztlich leidet jedoch der Liberalismus in der Bundesrepublik immer noch an der Adenauer-Epoche. Dem ersten Bundeskanzler ist als Parteiführer der Christdemokraten gelungen, was in der Schweiz seit Gründung des Bundesstaates erfolglos blieb. Mit seiner überragenden Persönlichkeit und dank politischem Weitblick ist es Adenauer gelungen, in einer konfessionellen Partei zwei Konfessionen zu vereinigen. Während in der Schweiz die nicht-sozialistischen Bürger katholischen Glaubens weitgehend christdemokratisch und nichtsozialistische Bürger protestantischer Konfession überwältigend freisinnig wählen, spielt die konfessionelle Ausrichtung bei der Wahl der CDU keine Rolle, was sich in der starken Verankerung der Christdemokraten sowohl im Norden als auch im Süden der Bundesrepublik niederschlägt.

Abgrenzungsschwierigkeiten

Gelegentlich scheint es, als würden auch Liberale der Versuchung erliegen, Geschichte in marxistischer Eindimensionalität zu interpretieren. Dies schlägt sich im Irrglauben nieder, in der heutigen Zeit könne parteipolitisch organisierter Liberalismus nur die Sache von Klein- und Kleinstparteien sein. Die Schwierigkeiten des Liberalen, sich im demokratischen Konkurrenzkampf gegen populistische Parteien zu behaupten, rühren sowohl vom modernen Staatsverständnis als auch vom politischen Wertsystem des

Liberalismus her. In den Demokratien Westeuropas und erst recht in den Vereinigten Staaten haben alle bedeutenden Parteien starke liberale Flügel. In der Tat ist es heute in den demokratischen Industrienationen unmöglich, von einer Extremposition aus eine Mehrheit der Wähler zu gewinnen. Dies bestätigt die Entwicklung des Sozialismus in Spanien. Der PSOE hatte erst Siegeschancen, als Felipe Gonzalez sich erheblich mässigte. Darin reflektiert sich der enge Spielraum jeder Regierung in so wichtigen Bereichen wie Aussen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik.

Der realpolitische Zwang, Probleme von einer Position der Mitte her zu lösen, führt zu einer Aufwertung des Begriffes «liberal». Dabei sehen sich die kontinentaleuropäischen Liberalen wie ihre englischen Kollegen mit der Herausforderung konfrontiert, den Wähler zu überzeugen, dass liberales Gedankengut in den anderen Parteien weniger gut vertreten ist. Der Öffentlichkeit müssen die grundlegenden Unterschiede zwischen liberalen Strömungen in irgendeiner Partei und dem organisierten Liberalismus klargemacht werden, wobei die schwindende Bedeutung der Parteipresse und das von den Massenmedien geförderte Schlagwortdenken hinderlich sind.

Wie lautet die Antwort der Liberalen? Zunächst muss der Bürger daran erinnert werden, dass der freiheitliche Rechtsstaat und die Marktwirtschaft Errungenschaften des Liberalismus sind. Es gibt keine christdemokratische, sozialistische oder konservative, sondern allein eine liberale Demokratie. Mit dem Erfolg der modernen Marktwirtschaft kann der Liberalismus ferner für sich in Anspruch nehmen, in den westlichen Demokratien die Maxime von Bentham – das grösstmögliche Glück für die grösstmögliche Zahl – erfolgreich in die politische Wirklichkeit umgesetzt zu haben.

Der politisch-ökonomische Erfolg des Liberalismus hat andere demokratische Parteien veranlasst, erhebliche Teile liberaler Programmatik für sich selbst zu reklamieren. Hinzu kommt, dass Toleranz und Pragmatismus, zwei Grundwerte des Liberalismus, sich naturgemäss partei-ideologischen Ausschliesslichkeitsansprüchen entziehen. Die Abgrenzung muss deshalb von einem anderen Ansatz her erfolgen. Auch wenn andere demokratische Parteien mit den Liberalen in konkreten Sachfragen übereinstimmen, zeigen sich grundlegende Differenzen sowohl bei der Gewichtung von Problemen als auch bei deren Lösung.

Die Jahre ungebrochenen Wirtschaftswachstums haben diese Unterschiede ein wenig verdrängt. Nun, da der Staat sich nicht mehr alles leisten kann, da die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Setzung von Prioritäten zwingen, müssen die Konturen des Liberalismus wieder deutlicher werden. Nicht nur gibt es in den Volksparteien eine grosse Zahl von Schönwetter-Liberalen, sondern es zeigt sich, dass bei konkreten Entscheiden populistische Parteien mehr und mehr liberale Werte fallen lassen. In einer Konfliktsituation wird der Konservative oder der Sozialdemokrat, selbst wenn er zum gemässigten Flügel seiner Partei gehört, kaum liberalen Werten den Vorzug geben. An den Liberalen ergeht jedoch die

Aufforderung, gerade dann, wenn es unpopulär ist, zu seinen liberalen Grundsätzen zu stehen.

Verteidigung der Handelsfreiheit

Eindrücklich lässt sich der Mut, für das sachlich Richtige kompromisslos einzustehen, an der internationalen Handelspolitik exemplifizieren. Ungeachtet aller Belehrung durch die Geschichte kehren Regierungen in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten immer wieder zum Protektionismus zurück. Sozialisten argumentieren mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen, Konservative mit der Verteidigung nationaler «Souveränität». Beide wischen die harten Folgen eines globalen Handelskrieges unter den Tisch und suchen Zuflucht in der nationalen Abschottung der Märkte.

Die liberale Überzeugung, dass ein freier Welthandel die Wohlfahrt der Menschen und den Frieden befördert, gilt es gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu verteidigen. Dabei muss deutlich werden, dass Freihandel kein statischer Zustand, keine Festschreibung bestehender Abhängigkeiten ist, sondern dass er, den Gesetzen des Marktes folgend, sich dauernd in Entwicklung befindet.

Für die Weltwirtschaft gilt, was sich auch im nationalen Rahmen bewahrheitet hat. Staatsdirigismus führt zu einer Verschwendung wertvoller Ressourcen. Dass der internationale Markt schneller und effizienter auf Herausforderungen reagiert, als seine Kritiker es wahrhaben wollen, belegt die elastische Anpassung der industriellen und privaten Energienachfrage an die Folgen der beiden Ölpreisschocks. Zweifellos gilt auch im Welthandel das liberale Prinzip des Schutzes für jene, die ohne eigenes Verschulden schwach und nicht konkurrenzfähig sind wie beispielsweise jene Entwicklungsländer, die keine eigenen Energiequellen haben.

Herausforderung aus der «Dritten Welt»

Mit ihrem 1981 in Rom verabschiedeten Manifest hat sich die Liberale Welt-Union den liberalen und demokratischen Kräften in der «Dritten Welt» geöffnet. Soll diese Erweiterung nicht bloss folkloristischen Charakter haben, so müssen die wichtigsten Werte des in den westlichen Industriestaaten entwickelten Liberalismus auf ihre politische Bedeutung in und für die «Dritte Welt» geprüft werden. Die ernsthafte Auseinandersetzung mit den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Entwicklungsländer verlangt eine Neubestimmung und Neugewichtung der Grundsätze des internationalen Liberalismus.

Lateinamerika hat sich für die demokratischen Internationalen als der fruchtbarste Boden erwiesen. Nachdem sich die Christdemokratische Welt-Union und die Sozialistische Internationale schon seit einigen Jahren in Lateinamerika etabliert haben, vertieft nun auch die Liberale Welt-Union ihre Kontakte zu diesem Kontinent. Seit dem Kongress von 1979 in Ottawa treten verschiedene Parteien aus Zentral- und Südamerika als regelmässige Beobachter an Veranstaltungen der Liberalen Welt-Union auf.

Am letztjährigen Kongress in Den

Haag sind erstmals zwei lateinamerikanische Parteien als Vollmitglieder aufgenommen worden. In ihnen verkörpern sich zwei verschiedene Facetten des Liberalismus. Während der *Partido Liberal* aus Panama vorwiegend den bürgerlichen Mittelstand vertritt und als langjährige Regierungspartei massgeblich am Aufbau der Republik Panama mitgewirkt hat, sahen sich in Nicaragua die in den vierziger Jahren aus der offiziellen Liberalen Partei ausgetretenen unabhängigen Liberalen Nicaraguas unter Somoza unerbittlicher Verfolgung ausgesetzt. Erst seit dem Sturz des Diktators kann der Partido Liberal Independiente in der Legalität wirken. Die Partei ist derzeit in der Regierung vertreten und unterstützt den Revolutionsprozess unter der Bedingung, dass die Prinzipien des Pluralismus, der Blockfreiheit und der gemischten Wirtschaft beachtet werden.

Marktwirtschaft und Widerstandsrecht

In Auseinandersetzung mit den politischen Zielen des Liberalismus in Lateinamerika hat das Manifest von 1981 die Position der Liberalen Welt-Union vor allem in der Wirtschaftspolitik und in der Bekämpfung von Diktaturen neu umrissen. Marktwirtschaftliche Strukturen müssen den in den Entwicklungsländern herrschenden Rahmenbedingungen angepasst werden. In mancher Hinsicht stehen die meisten lateinamerikanischen Länder heute dort, wo sich die europäischen Industrienationen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts befanden. Es ist daher sinnvoll, bei Infrastruktur, Wirtschaftsplanung und Investitionslenkung dem Staat eine viel grössere Rolle beizumessen, als dies in den entwickelten Industrienationen des Westens heute notwendig ist. Auch gilt es den wechselseitigen Bezug von politischen und sozialen Rechten neu zu verstehen.

Der Liberalismus in Lateinamerika sieht sich als Alternative sowohl zum marxistischen System als zu Militärdiktaturen. Sowohl Castro als auch Pinochet sind bereit, Menschen- und Bürgerrechte zugunsten vermeintlicher wirtschaftlicher Entwicklung zu opfern. Der Liberale wehrt sich jedoch gegen jede Priorität und befürwortet die gleichzeitige Förderung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Besonders scharf muss sich der internationale Liberalismus darum von jenen Kräften abgrenzen, die von «liberalen» Systemen sprechen, wenn nur marktwirtschaftliche Strukturen vorhanden sind, und die sich um die politisch-sozialen Verhältnisse nicht kümmern.

Liberales Denken hat in Europa zur Entwicklung der Idee vom Recht und von der Pflicht zum Widerstand gegen Tyrannen Entscheidendes beigetragen. Wenn es heute darum geht, Befreiungsbewegungen und bewaffnete Aufstände in der «Dritten Welt» zu beurteilen, so muss sich der Liberale auf dieses Erbe besinnen. Wo ein Unrechtsregime auf demokratischem Wege nicht beseitigt werden kann, hat der Bürger das Recht zum gewaltsamen Widerstand. Die grosse Mehrheit der europäischen Liberalen wäre nicht bereit, widerstandslos die soziale, politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit hinzunehmen, die durch die Militärdiktaturen in Guate-

mala, Argentinien, Chile, Uruguay und Paraguay aufrechterhalten und verfestigt wird. Die Liberalen haben in demokratischer Solidarität ihren Beitrag dazu zu leisten, dass Befreiungsbewegungen in der «Dritten Welt» aus ihrer einseitigen Abhängigkeit von der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung befreit werden.

Aufforderung zum Kulturdialog

In anderen Teilen der «Dritten Welt» lässt sich der Liberalismus nicht in der Form von Parteiorganisationen verwirklichen. In Afrika sieht sich jede demokratische Bewegung mit dem Problem der Stammesverbundenheit der Parteien konfrontiert. In vielen afrikanischen Ländern ist, wie die nach-koloniale Geschichte belegt, ein parteipolitischer Pluralismus nicht realisierbar. Die Fälle, in denen Parteien eine nationale Optik zu bewahren vermochten, sind spärlich. Neben Senegal ist es derzeit noch Nigeria, wo das Trauma des Sezessionskriegs um Biafra nachwirkt.

In Asien bietet in einzelnen Ländern die traditionelle Liberalität von Kultur und Religion günstigere Ansätze. Von besonderem Interesse sind für den internationalen Liberalismus vorderhand Indien, Sri Lanka und die ASEAN-Staaten, wobei in den Philippinen die liberalen Partner der demokratischen Opposition gegen das Marcos-Regime angehören. Schliesslich wird es in den nächsten Jahren auch darum gehen, die Beziehungen zur arabischen Welt zu verbessern. In zahlreichen Staaten des Nahen Ostens bestehen bereits regelmässige Kontakte zur Intelligenz, zum liberalen Bürgertum und zu den international orientierten Führungskräften der Wirtschaft. Der Liberalismus kann als Grundlage für den überfälligen Kulturdialog zwischen Orient und Okzident dienen. Es liesse sich in diesem Zusammenhang auch jenes liberale Postulat an den Nord-Süd-Dialog verwirklichen, das über die notwendige wirtschaftliche Kooperation hinweg sich in den kulturellen Dialog einlässt.

Urs Schöttli

Streiflicht auf die slowakische Literaturszene

«The strangest figures we saw were the Slovaks, who were more barbarian than the rest . . .»
Bram Stocker: «Dracula», 1897.

«Die slowakischen Schriftsteller warten auf ein Echo der Welt: Wir befreien uns von den Gefühlen der Kleinheit und Minderwertigkeit. Seit dem Einbruch der Epoche des Sozialismus wird unseren Dichtern das Tor zur weltweiten Rezeption geöffnet», frohlockte unlängst Karol Rosenbaum, der bekannte slowakische Literaturwissenschafter und Vorsitzende der Kommission für Kritik und Theorie beim Slowakischen Schriftstellerver-

band, angesichts der zahlreichen Übersetzungen der slowakischen Literatur in die Sprachen der Länder des real existierenden Sozialismus[1]. Ein solcher Jubel mag vielleicht so manchen zum Staunen bringen, aber er ist eigentlich nur aus den besonderen Bedingungen heraus zu erklären, unter welchen sich die slowakische Literatur in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts – in der Epoche der nationalen Wiedergeburt, im ausgehenden Klassizismus und der einsetzenden Romantik – zu formieren begann. Das Selbstverständnis der jungen Literatur des kleinen westslawischen Volkes, welches unter dem Magyarisierungsdruck stark zu leiden hatte, wurde auf das nationalutilitaristische und nationalkonstitutive Moment reduziert.

Erst nach der Ausrufung der ersten Tschechoslowakischen Republik, im Jahre 1918, gelangten die Slowaken endlich in den Besitz eines eigenen Schulsystems, das alle Schulstufen bis zur Universität umfasste. Die darauf folgende Schriftsteller-Generation konnte sich in den zwanziger und dreissiger Jahren an den Erfahrungen und Werken der tschechischen Kollegen orientieren, um sich dann allmählich zu emanzipieren. Trotz den unbestreitbaren Erfolgen der Literatur des Viereinhalb-Millionen-Volkes der Slowaken geistert im Verborgenen das Syndrom der *«Eingeschlossenheit und Kleinheit»* weiter.

Nach den bewegten Ereignissen des Jahres 1968 verliess – im Unterschied zu tschechischen Literaten – kaum ein bedeutender slowakischer Schriftsteller sein Heimatland.

Für den IV. Schriftstellerkongress in Bratislava (Pressburg) wurde 1982 ein offizieller Bericht des Slowakischen Schriftstellerverbandes verfasst, in dem folgende ominöse Feststellung zu lesen ist: *«In unser literarisches Leben sind wieder die Schriftsteller eingetreten, die ihre, während der Krisenzeit von 1968 begangenen Irrtümer erkannt haben, ihre Schädlichkeit zugegeben und sich gleichzeitig bemüht haben, ihre Fehltritte zu korrigieren. Die literarische Kritik wird auf Werke solcher Schriftsteller dieselben bewertenden Kriterien anwenden, wie es bei allen anderen Verbandsmitgliedern der Fall ist. Es zeigt sich also, dass die Rückkehr in die Literatur nur auf dem Wege der ehrlichen und seriösen Selbstkritik möglich ist . . .»* Danach sind die Namen der reuevollen Schriftsteller angeführt: Anton Hykisch, Peter Karvaš, Ivan Mojík und elf weitere Autoren, allesamt bedeutende Namen für die kleine – im Westen unbekannte – slowakische Literaturszene. An diesem Canossa-Gang der slowakischen Schriftsteller war ein Autor nicht beteiligt, nämlich Dominik Tatarka (* 1913), der Nestor der modernen slowakischen Prosa. Sein 1964/68 erschienenes Buch *«Dämon des Jasagens»* («Démon súhlasu») ist vorläufig seine letzte offizielle Publikation. Bereits 1945 stieg Tatarka mit seinem Novellenband *«Wundertätige Jungfrau»* («Panna zázračnica») zum Leitstern des slowakischen Surrealismus auf. Tatarkas Geschichte vom «Dämon des Jasagens» hat durch ihre ungewöhnlich direkte Geisselung des Personenkultes in der Slowakei den Unmut des Zensors hervorgerufen. Dem vom «Dämon» besessenen Figura rauscht nur eines in den Ohren: *«Du bis gross, du bist gross, du bist Mak-*

SSSS-imusSSS», und Figura sucht die Abhilfe bei der *«Akademie der Wissenschaften»*. Nach *«endlosen Tagungen»* wagt ein *«junger Adept der Wissenschaft»*, Figura *«in aller Bescheidenheit eine Ohrenspülung»* zu empfehlen. Vier Jahre vor dem *«Prager Frühling»* stellte Tatarka fest: *«Nicht die grossen Figuras, auch nicht die kleinen Figuras, die diszipliniert und gehorsam bis zur totalen Verblödung sind, werden die Welt retten, wenn sie nicht durch die gewöhnlichen Menschen, die mutigen Bürger gerettet wird.»*

Einem erratischen Block gleich nimmt sich das prosaische Werk von Ján Johanides (* 1934) in der slowakischen Literaturlandschaft aus. Seine experimentellen Novellen *«Privatleben»* («Súkromie»), 1963, und *«Wesen des Steinbruchs»* («Podstata kameňolomu»), 1965, orientieren sich am «Nouveau roman» und sind charakteristisch für die Zuwendung der sogenannten «Generation 56» zu fremden ästhetischen Mustern. Zur «Generation 56» gehören ausser Johanides noch Jarmila Blažková, Jozef Kot, Anton Hykisch und Peter Jaroš. Nach einer Dekade des Schweigens meldete sich Johanides mit neuen Kurzprosen *«Unehrliche Raben»* («Nepriznané vrany»), 1978, und *«Ballade vom Sparbuch»* («Balada o vkladnej knižke»), 1979. In diesen Prosaarbeiten versucht Johanides, sich dem Kleinbürger im real existierenden Sozialismus modellhaft zu nähern: Seine Kritik am Kleinbürgertum ist für ihn eigentlich ein willkommener Ausweg, da es sich dabei um ein von den Parteigremien empfohlenes Sujet handelt.

«Sie geben zu, eigentlich nur von einem Glück in ihrem Wirkungskreis geträumt zu haben. Etwas bedeuten, ‚jemand sein' – das ist der Grundriss dieses Glücks und seine wesentliche Eigenschaft, ‚jemand sein', von seinen Bekannten anerkannt werden ... in Streitigkeiten, in Entscheidungen ... und unter den Bekannten seinen Platz und seine Wahrheit haben ...»

Seit den frühen Anfängen gibt es in der slowakischen Prosa eine Mehrheit von Autoren, die sich ausschliesslich dem dörflichen Leben zuwenden. Obwohl die Bauern heute nur etwa einen Siebtel aller Erwerbsfähigen in der Slowakischen Sozialistischen Republik ausmachen, und das ganze Land infolge der überstürzten Industrialisierung eine enorm hohe Landflucht erlebt, bleiben auch die Autoren der mittleren, aber auch der jüngeren Generation in ihrem prosaischen Schaffen dem Landleben verbunden. Das markanteste Talent unter diesen Autoren ist Vincent Šikula (* 1936). In seiner Romantrilogie *«Meister, Muskat, Wilma»* («Majstri, Muškát, Vilma»), 1976, 1977, 1978, sowie auch in der letzten Kurzprosa *«Soldat»* («Vojak»), 1981, taucht kaum der «homo politicus» auf. Die ruhige, oft recht deskriptive Prosa von Šikula hat ihren archimedischen Bezugspunkt in der anmutigen Kulturlandschaft, am Rande der Kleinen Karpaten in der West-Slowakei gefunden. Die Generationsschicksale der Winzer- und Kleinbauernfamilien werden durch Šikula als Antithetik von Ruhe und Chaos, Durchhalten und Verfall wiedergegeben. *«Es ist schon eine verwässerte Zeit, die Zeit des Schneidens der Rebstöcke, bald haben wir sie hinter uns, dann wird in den Weinbergen das Hacken beginnen, die Erde*

wird an den Zinken kleben bleiben ...» – Das Tempo in Šikulas Romanen und Erzählungen ist von der alten Gesellschaftsordnung her abzuleiten – und behält auch in der neuen Slowakei dieselbe Gangart bei.

Die Welt der kleinen, entwurzelten Menschen in den Dörfern der slowakischen Donauniederung, an der Peripherie der fortschrittsüchtigen Slowakei sozusagen, ist der Ort, an welchem alle neorealistischen Prosawerke des begabten Ivan Habaj (* 1943) angesiedelt sind. Dem Zusammenprall von traditionellem und modernem Denken in den Köpfen junger und alter Bauern sind Habajs Erzählungen gewidmet: *«Unter dem Maulbeerbaum»* («V tieni moruše»), 1973, *«Die Leute der Niederung»)* («Dolniaci»), 1972, *«Mária»*, 1976, und *«Einzelhöfe»* («Połné samoty»), 1979. Seine sozialkritischen Sonden machen vor keinen heiklen Themenkreisen halt, wie z. B. vor der *«sozialistischen Kollektivierung»* oder der Vereinsamung der alten Menschen in den Neubausiedlungen. *«Aber sie wagt ja nicht, ihre Gedanken auszusprechen! Grösstenteils sind es die jungen Leute, Maria kennt sie nicht, und auch sie kennen Maria nicht, wohnen ja auf der anderen Stadtseite, in den Neubausiedlungen, und wenn sie Maria so früh am Morgen auf dem Marktplatz erblicken, wundern sie sich im stillen, warum diese schmächtige Frau nicht schläft, warum sie nicht ihre Knochen unterm warmen Federbett wärmt ...»*

Die Süd-Slowakei, mit ihrem explosiven Ethnien-Konglomerat von Slowaken, Ungaren und Zigeunern, den Alteingesessenen, Kolonisten und Durchreisenden bietet genügend dramatischen Stoff für eine Prosa, die sich offensichtlich vom Beispiel des russischen Schriftstellers K. Paustovskij leiten lässt.

Aus der gleichen Region wie Habaj kommt der Prosaiker Ladislav Ballek (* 1944), der Innovator des slowakischen Gesellschaftsromans. Seine Romane *«Gehilfe»* («Pomocník»), 1977, und *«Akazien»* («Agáty»), 1979, sind verständlicherweise zum grossen Erfolg am slowakischen Büchermarkt geworden. Die traumatische Geschichte des Aufstiegs und Niedergangs der Familie des Metzgermeisters Riečan, aus der Sicht des *«Gehilfen»*, bietet dem zeitgenössischen Leser in der Slowakei offensichtlich ein breites Feld von Identifikationsmöglichkeiten. Die Dramatisierung des Romans gehört heute zum Stammrepertoire der slowakischen Bühnen, und seine Verfilmung machte die breiten Publikumsschichten mit Balleks Prosa bekannt.

Ein ausgesprochen urbaner Autor ist Peter Jaroš (* 1940) – er konnte sich in seinen unzähligen Erzählungen, wie *«Unkraut»* («Pýr»), 1971, *«Nüsse»* («Orechy»), 1972, *«Spindel»* («Pradeno»), 1974, *«Körper im Herbarium»* («Telo v herbári»), 1979, von den Fesseln nationalliterarischer Traditionen befreien, gerade durch seinen, in der slowakischen Prosa sonst seltenen Anflug von Ironie. So lässt er zum Beispiel in der Novelle *«Unkraut»* den *«ehemaligen Gymnasiasten»*, den *«Totengräber»* Pavol Sapko, den angetrunkenen *«fremden Touristen»* vom Nebentisch klagen: *«Früher mal konnte jeder Slowake mindestens zwei, drei Fremdsprachen, aber heute haben selbst die, die das konnten, fast alles vergessen. Die Slowaken haben aufgehört, sich über die Welt zu er-*

giessen, sie wandern nicht mehr dahin und dorthin, sie bauen sich Häuser und schliessen sich in ihnen vor den Nachbarn ein; obwohl sie sich früher von andern durch ihr Vagabundentum unterschieden, durch jenes eigentümlich slowakische Weltbürgertum, beginnen sie heute durch ihre Abgeschlossenheit, ihren Zusammenhalt und ihre Verkittung im familiären und nationalen Sinne auffällig den übrigen europäischen im Narzissmus befangenen, individualistischen und egoistischen Nationen zu gleichen. Sie sind zu einem so verdichteten Volk herangereift, dass sie sich an ihrem eigenen Inhalt berauschen und so wie oft auch andere Völker über die Ausscheidung der eigenen Därme vor Begeisterung stöhnen . . .»

Die slowakische Literatur hat noch viele unbewältigte Probleme vor sich: Als brennender Hiatus wird das vorläufige Fehlen eines gegenwartsbezogenen Romans bezeichnet, und es wird wohl eine Weile dauern, bis die zahlreichen Dialekte und städtischen Jargons auch ihren Eingang in die moderne slowakische Prosa finden werden.

Es ist nun an der Zeit, dass die westlichen Verlage neben den grossen slawischen Literaturen endlich auch ein Auge auf die kleine slowakische Literaturszene werfen – in der Tat: sie hätte es verdient.

Dušan Šimko

[1] «Der steinerne Brunnen», Slowakische Erzählungen, Reclam, DDR, 1979. – Dominik Tatarka: «Korbsessel», Verlag Neues Leben, Berlin, DDR, 1965. – «Tschechische und Slowakische Erkundungen», Hrsg. Karl-Heinz Jähn, Berlin, Verlag Volk und Welt, DDR, 1979. – Habaj Ivan: «Unter dem Maulbeerbaum», Erzählungen, Berlin, DDR, Verlag Volk und Welt, 1978. – «Augen voller Sterne», Moderne slowakische Erzählungen, Hrsg. Manfred Jähnichen, Berlin-Weimar, Aufbau-Verlag, 1974. – «Unter dunklem Himmel», Erzählungen, Hrsg. Jaromíra Nejedlá und Libor Knězek, Berlin, DDR, Verlag Volk und Welt, 1979. – Ludwig Richter: «Slowakische Literatur», Akademie Verlag, Berlin, DDR, 1979.

Behälter kaufen...

eine Bagatelle denkt man, solange man nichts Bestimmtes sucht.
Spätestens dann lernt man ein System schätzen:

RAKO-System

Bezugsquellennachweis:
GEORG UTZ AG 5620 BREMGARTEN 057 31 12 20